

Von Opfern und Tätern

Endlich Frieden im ehemaligen Jugoslawien?

rb Jahrhundertlang stellte die serbisch-orthodoxe Bevölkerung entlang der bosnisch-kroatischen Grenze eine beträchtliche Minderheit, in vielen Bezirken gar die relative oder absolute Mehrheit. Vertrieben vom expandierenden osmanischen Reich und von den Habsburgern mit Privilegien versehen, fanden sie dort als Wehrbauern eine Bleibe. 581'663 SerbInnen lebten 1991 in Kroatien. Heute sind es noch rund 130'000. Die übrigen 450'000 gehören zu den insgesamt über vier Millionen Flüchtlingsschicksalen im ehemaligen Jugoslawien. Allein in Bosnien-Herzegowina ist nach den letzten Greueln bei der Eroberung von Zepa und Srebrenica die Zahl der Menschen, die umgesiedelt, vertrieben, zu Flüchtlingen gemacht wurden, auf über drei Millionen angestiegen. Rund 400'000 Menschen haben diese Kriege bis heute mit ihrem Leben bezahlt.

In den 80er Jahren wurde der jugoslawische Staat von der wirtschaftlichen Krise und den Partikularinteressen der nationalistischen Führungen der verschiedenen Republiken auseinandergerissen. Kroatien schlug 1990 – auf den Spuren Sloweniens – den Weg in Richtung Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit ein. Ein Teil der serbischen Bevölkerung Kroatiens begann nach einem Referendum seinerseits, auf einem Drittel des kroatischen Territoriums einen eigenen Staat auszubilden. Die Krajina-Serben reklamierten das gleiche Selbstbestimmungsrecht für sich, das der Staat Kroatien gegenüber dem zerfallenden Jugoslawien

beanspruchte. So entstand eine verhängnisvolle Konfliktsituation: die Nation der Serben in Kroatien gegen die Republik der Kroaten – beide Seiten gelenkt von politischen Führern, die mehr für ihre eigenen Machtinteressen als für die Interessen der Menschen kämpften.

400'000 Nicht-SerbInnen, vor allem KroatInnen, verliessen nach Gewalttaten oder aus Angst vor Gewalt die serbisch kontrollierten Gebiete, als sich der Konflikt im Sommer und Herbst 1991 zum Krieg ausweitete und die Jugoslawische Volksarmee JNA auf seiten der aufständischen Serben eingriff. Der neue Staat Kroatien versuchte, seine territoriale Integrität und die Macht seiner Staatsorgane durchzusetzen – meist ohne jegliches Verständnis für den Widerstand der serbischen Minderheit, manchmal mit Gewalt. Die Uno anerkannte Kroatien in den Grenzen der vormaligen jugoslawischen Republik. Ausgehend vom Territorialprinzip forderte sie, dass Grenzen nur auf politischem Weg in allseitiger Übereinkunft verändert werden könnten.

Von Mitte 1991 bis Mitte 1995 wurde die nationale Politik in Kroatien von Opfermentalität, von den Frustrationen der Vertriebenen und der Manipulation dieser Frustrationen durch und zugunsten der Regierungspolitik bestimmt. Das bedeutete: Blockaden der Vertriebenenorganisation gegen die Uno, gegen Hilfswerke, gegen politische Verhandlungen mit den Krajina-Serben, Rechtfertigung der autoritären Regierungspolitik von Präsident Franjo

Tudjman und der wirtschaftlichen Probleme durch den "Terrorismus der Serbo-Chetniks", Drohungen zum Rauschmiss der Uno aus Kroatien. Trotz Friedensvertrag Ende 1991 blieb Kroatien ein Land im Kriegszustand. Während Serbiens Präsident Slobodan Milosevic unter dem Druck der internationalen Sanktionen seine Politik der eigenen Machterhaltung optimierte und sich vom Kriegssaulus zum Friedenspaulus wandelte, kaufte sich Kroatien aus den Restbeständen des Ostblocks eine schlagkräftige Armee zusammen – an allen Waffenembargos vorbei. 1991 noch ohne Waffen und Truppen, verfügt das Land heute über eine hochmotivierte und disziplinierte Kriegsmaschinerie – und über die Bereitschaft, diese auch einzusetzen. Während die Aufrufe der nationalistischen Opposition in Serbien, sich als Freiwillige für den Krieg zur "Befreiung" der "serbischen Gebiete jenseits der Drina" und zur "Verteidigung der Serben" zu melden, heute ungehört verhallen, konnte die kroatische Armee die Freiwilligenverbände des Radikalführers Paraga und die Truppen der bosnischen Kroaten unter ihre Kontrolle bringen. Während Milosevic die ungeliebte politische Konkurrenz in Bosnien und Kroatien immer stärker unter Druck setzte, verbündete sich Tudjman – zwar widerwillig und unter Druck der USA – mit der bosnischen Führung. Während Milosevic, Mitte der 80er Jahre als Beschützer der nationalen serbischen Interessen in Kosovo an die Macht gekommen, heute für die Aufhebung der Sanktionen zu



Verhandlungslösungen unverbindlich lächelnd Hand bietet und dafür von den Serben in allen Ländern als Verräter gebrandmarkt wird, lernte Tudjman seine Lektion und zeigt die Zähne: Es gibt keine politischen Lösungen, nur militärische! Während viele Menschen in Serbien und Montenegro den Krieg schon lange nicht mehr als ihre Angelegenheit betrachten und angesichts der letzten Niederlagen auch die Serben in Bosnien und Kroatien kaum noch für den Krieg zu begeistern sind, sehen die Kroaten den Moment gekommen, sich für die 1991 erlittene Schmach zu rächen.

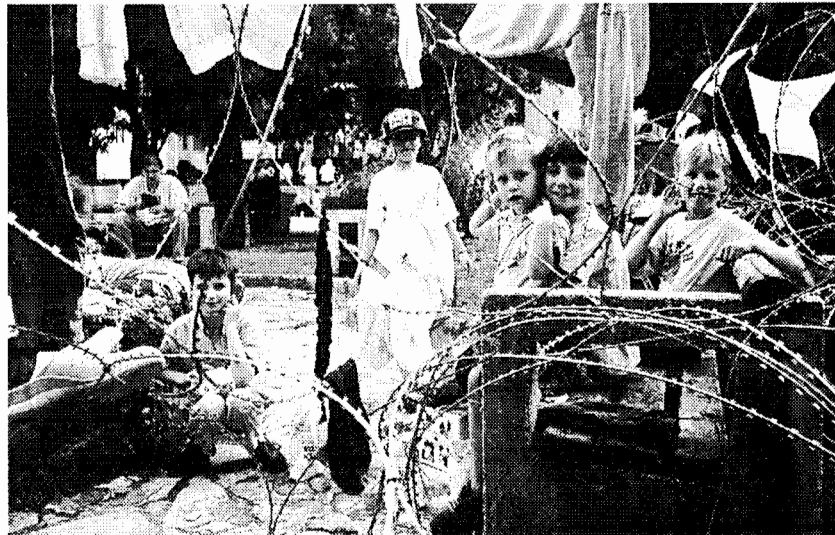
Der Moment für den Angriff war gut gewählt. Die bosnischen und kroatischen Serben – ohne die Unterstützung aus Belgrad auf sich alleine gestellt – waren politisch und militärisch schwächer denn je. Lange Frontlinien, weniger Soldaten, mangelhafte Ausrüstungen, Ersatzteil- und Treibstoffmangel sowie abgeschnittene Kommunikations- und Nachschubwege machten ihnen ebenso zu schaffen wie Konflikte zwischen Belgrad, Pale und Knin, zwischen Pale und Banja Luka, zwischen der politischen Führung um Radovan Karadzic und den militärischen Strukturen unter General Ratko Mladic.

Tudjman konnte aber auch mit der Unterstützung durch die internationale Politik rechnen: Die Staatengemeinschaft hat alle Hoffnungen auf eine politische Lösung für die ehemaligen Uno-Schutzzonen in Kroatien und den Krieg in Bosnien-Herzegowina aufgegeben. Da man sich nicht auf eigenes Handeln einigen konnte, gab man grünes Licht nach Zagreb, um das leidige Problem militärisch loszuwerden. Auch die pflichtgemässen verbalen Verurteilungen durch einzelne Regierungen und die Nachfragen des Uno-Flüchtlingskommissariats UNHCR und der Sonderbeauftragten für Ex-Jugoslawien zum militärischen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung und zu Übergriffen auf die Flüchtlingskolonnen können darüber nicht hinwegtäuschen: Die internationale Politik ergreift keine realen Massnahmen oder Sanktionen gegen Kroatien. Good guys, bad guys – die binäre Logik internationaler Politik spielt zu Gunsten Kroatiens.

Viele KroatInnen begrüssen die Vertreibung von 200'000 Menschen aus der Krajina: Endlich wird den Serben in der gleichen Währung zurückbezahlt, in der diese seit 1991 die Rechnungen präsentieren. Die Aktion "Sturm" zeigt, dass die Opfer nichts aus ihrem Leiden gelernt haben. Die Opfer von gestern wurden zu den TäterInnen von heute. Seit Frühjahr 1993 kopieren sie 1:1 die brutalen Methoden der ethnischen Säuberung, erst in Mostar und Zentralbosnien gegen die muslimische Bevölkerung, heute auch in Kroatien selbst. Eine Fahrt von Split nach Knin zeigt, mit welchem Hass hier

militärischer Gewalt durchzusetzen? Lässt sich mit den Nato-Waffen tatsächlich Frieden schaffen?

Vieles spricht dafür, dass sich auch die meisten westlichen Regierungen und bedeutende Teile der öffentlichen Meinung in Europa und den USA an einer gewalttätigen Logik der Vertreibung und Vergeltung orientieren. Daher muss der in letzter Zeit von Militärs und Diplomaten besetzte Friedensbegriff hinterfragt werden: Sind die Euphorie für die siegreiche Armee und der wildwuchernde nationalistische Chauvinismus in Kroatien positive Beiträge für ein friedliches Europa? Können



Kinder hinter Stacheldraht. "Serbische" Kinder als Flüchtlinge im UN-Stützpunkt Knin nach der kroatischen Eroberung. Foto: R. Brunner

vorgegangen wurde: Kein Haus, das nicht geplündert und ausgebrannt wurde. Rache statt Frieden, Eroberung von Territorien statt Integration der Menschen. Probleme werden so nicht gelöst. Umfragen zeigen, dass nur wenige KroatInnen bereit sind, in die unlängst eroberten Gebiete umzusiedeln. Zu gross ist die Zerstörung, die Isolation, die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit.

Und in Bosnien-Herzegowina? Sollte es tatsächlich gelingen, mit Luftangriffen "die Serben an den Verhandlungstisch zu bomben" und in solchen Verhandlungen echte Resultate zu erzielen? Geht das vor allem in innenpolitischen Überlegungen Präsident Clintons begründete Kalkül der USA auf, gegen die europäischen Verbündeten und die Uno die Führungsrolle zu übernehmen und den eigenen "Friedensplan" mit

200'000 aus Kroatien vertriebene SerbInnen mit all ihren Frustrationen, ihrer Wut und ihrer Perspektivlosigkeit ein Beitrag zu einer friedlichen Zukunft sein? Werden sie nicht in Banja Luka, in der Vojvodina, in Kosova den Boden legen für neue Kriege? Kann das Prinzip Gewalt, heute von den ehemaligen Opfern genauso angewandt wie von den alten Tätern, einen Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben leisten? Die militärischen Geländegewinne der kroatischen Armee und der kurzfristige politische Erfolg der Nato-Luftangriffe dämpfen vielleicht den Terror der serbischen Einheiten ein. Weshalb sollten aber heute die kroatischen und die bosnischen Machthaber an den Verhandlungstisch sitzen, nachdem sie endlich nicht nur politisch, sondern auch militärisch Ober-



Erklärung der Antikriegskampagne Kroatien ARK zur Militäraktion "Sturm"

Die Chance für eine friedliche Integration der ehemaligen "Krajina" mitsamt ihren EinwohnerInnen ist vertan: Das Konzept eines ethnisch gesäuberten Staates – durch die Eroberung kroatischer Teilgebiete vor vier Jahren angekündigt – wurde jetzt von kroatischer Seite durch militärisches Vorgehen vollendet. Die kroatische Armee hat auf beinahe dem ganzen Territorium einen ethnisch gesäuberten Staat errichtet. Voraussetzung dafür war die Militäraktion "Sturm", welche einigen hunderttausend vertriebenen KroatInnen die Rückkehr in ihre Häuser ermöglicht. Ihre seit vier Jahren dauernde Leidenszeit geht zu Ende. Die Aktion schloss aber kroatische BürgerInnen serbischer Nationalität nur insofern ein, als ihre Evakuierung zugesichert wurde. Von 1991 bis heute haben mehr als 70 Prozent der SerbInnen Kroatien verlassen.

Noch während die letzten SerbInnen die "Krajina" verlassen, folgt bereits der Gegenschlag – die Vertreibung von KroatInnen aus der Vojvodina/Serbien und aus Bosnien. Es wird erwartet, dass in den nächsten Monaten rund 30'000 Menschen ihre Heimat verlassen werden. Die Vertreibung von SerbInnen aus Kroatien ist unteilbar verknüpft mit der Vertreibung von MuslimInnen und KroatInnen aus Bosnien. (...)

Heute stehen wir in diesem Krieg an einem entscheidenden Punkt. Nach den militärischen Erfolgen Kroatiens werden die Herrschenden anderer ethnisch gesäuberten Staaten diesem Beispiel folgen. Dies wird aber nicht zu einem dauerhaften und gerechten Frieden führen, sondern die politische Instabilität verstärken.

Selbst wenn sie für den Ausbruch des Krieges nicht verantwortlich sind, so tragen doch alle Beteiligten in diesem Konflikt eine Verantwortung für dessen Ergebnis – die ethnischen Säuberungen. Auch die sogenannten Vermittler, die internationalen Organisationen und die Weltmächte, sind davon nicht ausgenommen. (...)

Die BürgerInnen Kroatiens müssen ihren Anteil an der Verantwortung für diese Tragödie annehmen. JedeR von uns hat die Pflicht, in diesem Land Sicherheit und Menschenrechte für alle hier Lebenden zu sichern, um so die Schaffung eines ethnisch "gesäuberten" und intoleranten Staates zu verhindern. Wir wollen keine Privilegien, nur weil wir als KroatInnen geboren wurden.

Deshalb wollen wir während der jetzigen "Siegesfeiern" daran erinnern, dass es diesem Staat noch nicht einmal gelungen ist, seine bewaffneten Organe in Friedenszeiten zu kontrollieren und Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Wir protestieren dagegen, dass während der Aktion in der "Krajina" die Bewegungsfreiheit der VertreterInnen internationaler Organisationen, der Medien und der BeobachterInnen eingeschränkt wurde. Die kroatischen Behörden können nicht vom Verdacht entlastet werden, dass sie Plünderungen und das Niederbrennen von Häusern der Flüchtenden tolerierten oder zumindest nicht einschritten, um dies zu verhindern.

Der laut verkündete Wille der kroatischen Behörden, kroatische BürgerInnen serbischer Nationalität aus der "Krajina" zu akzeptieren, kann nur ernstgenommen werden, wenn Programme für die Rückkehr der Flüchtlinge vorgelegt und durchgeführt werden, wie dies auch für Westslavonien versprochen wurde.

Die kroatischen Behörden und die internationalen Organisationen müssen die permanente Anwesenheit internationaler Institutionen garantieren, damit diese als Überwacherinnen und aktiv Beteiligte die Planung und Finanzierung von Rückkehr-Programmen für Flüchtlinge durchführen, und anschliessend die Überwachung der Menschenrechtssituation in allen Teilen Kroatiens absichern können.

Die Friedensorganisationen der Antikriegskampagne Kroatien werden weiterhin ihren Beitrag zum sozialen und materiellen Wiederaufbau leisten, die Rückkehr der Vertriebenen und der Flüchtlinge unterstützen und zu internationaler und interreligiöser Toleranz in der Republik Kroatien und in der ganzen Balkan-Region beitragen.

Antikriegskampagne Kroatien, Netzwerk von Friedens- und Frauenorganisationen, Menschenrechtsgruppen, BürgerInnen-Initiativen und -Projekten: B.a.b.e. - Gruppe für Menschenrechte von Frauen, Zagreb; Zentrum für Frieden, Gewaltfreiheit und Menschenrechte in Osijek; Zentrum für Frieden und Gewaltfreiheit in Karlovac; Zentrum für Frauen-Kriegsopfer, Zagreb; BürgerInnenkomitee für Menschenrechte, Porec; Gruppe für den direkten Schutz der Menschenrechte, Zagreb; HOMO, Pula; Humanitäre Friedensbewegung "Rijeka-Sonnenblume", Rijeka; KLEINE SCHRITTE - Zentrum für Friedenskultur und Gewaltfreiheit, Zagreb; Freiwilligenprojekt Pakrac.

wasser bekommen? Die militärische Durchmarsch-Strategie der kroatischen und der bosnischen Armee in den letzten Wochen deutet darauf hin, dass auch auf dieser Seite eher auf einen Sieg-"Frieden" als auf einen politischen Verhandlungs-Frieden gesetzt wird. Sowohl in Kroatien als auch in Bosnien-Herzegowina sucht die jeweilige Regierungsmacht nach dem "Frieden" gegen und ohne die SerbInnen, nicht mit ihnen. Das mag menschlich verständlich sein, aber ist es politisch tragbar? Können diese Truppen jetzt an der 51%-Grenze zurückgepöfiffen werden? Kann eine geplante Aufteilung Bosnien-Herzegowinas – entlang welcher Grenzen auch immer – den hier lebenden Menschen eine Perspektive für friedliches (Zusammen-)Leben bieten? Ist tatsächlich ein ethnisch reiner Friede möglich?

Die militärischen Schläge gegen die bosnischen Serben bringen diese vielleicht einer Niederlage näher. Ob damit aber für die Menschen eine friedliche Zukunft näherrückt oder ob der Krieg nur die Vorzeichen von Opfern und Tötern vertauscht, ist mehr als fraglich. Laut NZZ vom 13.9.95 kostet ein einziger Marschflugkörper 1,3 Millionen Dollar. 13 solche *Tomahawks* wurden eingesetzt. 17 Millionen Dollar, 20 Millionen Schweizer Franken. Ohne die über 3000 Luftsätze usw. Alle nicht-nationalistischen, oppositionellen Gruppen und Parteien, Menschenrechtsorganisationen und unabhängigen Medien, Frauen- und Friedensinitiativen haben in den vier Jahren des Krieges einen Bruchteil von dem an Unterstützung erhalten, was hier an einem Tag verschleudert wird.

Krieg kann von Armeen geführt werden, aber den Frieden können nur Menschen erringen – und hier müsste Friedenspolitik ansetzen. Stattdessen liefert die internationale Staatengemeinschaft mit ihrem einseitigen Vorgehen Serbiens Präsident Milosevic die besten Argumente, den psychotischen Glauben an die Weltverschwörung gegen Serbien zu eigenen Machterhalt einzusetzen. "Friede" statt Gerechtigkeit, "Stabilität" statt Demokratie – die Vorzeichen internationaler Politik lassen wenig Platz für Hoffnungen. ■